Dienstag, 26. Juni 1923. — Einzelnummer 500 Mark. — 62. Jahrgang. Nr. 141.

# Posener Tageblatt
## (Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 250.— M. Reklameteil. 750.— M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M., Reklameteil 750.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Politische Tatsachen.

Deutschlands Kampf gegen das Versailler Diktat ist ein Kampf ums Recht, — um das Lebensrecht des deutschen Volkes wie um das sittliche Recht. Aus beiden zieht namentlich die heldenhafte Abwehr an der Ruhr ihre beste Kraft. Daß Deutschland Unrecht geschieht in jeder Hinsicht, daß gegen geschriebenes und ungeschriebenes, juristisches und moralisches Recht verstoßen wird, um seine Daseinsgrundlagen anzugreifen, das eint die gesamte Bevölkerung des Einbruchsgebietes zu eiserner Front gegen den Eindringling.

Aber dieses tiefe Rechtsgefühl darf nicht über die Tatsache täuschen, daß im Kampfe der Völker das Recht bisher nicht maßgebend war, und daß auch nicht die geringste Hoffnung auf den Sieg des Rechtes besteht. So erhebend der Gedanke ist, daß Unrecht schließlich unterliegen müsse, und so gewaltig die Kräfte sind, die aus dem Rechtsbewußtsein fließen, so gefährlich wäre es, wenn Deutschland darüber vergäße, daß sein übertriebenes Rechtsgefühl es in den Abgrund gestoßen hat, und daß der Verlaß auf sein Recht allein es nicht retten kann.

Denn der Zusammenbruch der deutschen Front, die vier Jahre lang zehnfache Übermacht von der deutschen Grenze abwehrte, ist größtenteils durch das Schwinden der Überzeugung von dem gerechten Abwehrkampfe herbeigeführt worden. Und daß Deutschland sich wehrlos, mit gebundenen Händen dem Gegner auslieferte, geschah im Vertrauen auf Wort und Vertrag.

Wenn jetzt Europa wieder vor schicksalsschwerer Entscheidung steht, so ist es notwendig, daß man sich die harten Tatsachen der Weltgeschichte stets vor Augen hält.

Jahrtausend alte Geschichte lehrt, daß es nur zwei extrem entgegengesetzte Wege zum dauernden Frieden zwischen zwei Völkern gibt: Versöhnung (oft in Verschmelzung endend) oder Vernichtung (oder völlige Unterwerfung). Das Schulbeispiel dafür berichtet uns Livius aus dem zweiten Samniter-Kriege. Als das römische Heer in den kaudinischen Engpässen rettungslos eingeschlossen war und der siegreiche Samnitenführer Rat von seinem Vater erbat, befahl dieser, das gefangene Heer bedingungslos freizugeben. Solche Großmut müsse zu dauernder Freundschaft der beiden Völker führen. Als dem Sohne dieser Gedanke zu groß erschien, riet der Vater, das römische Heer bis zum letzten Manne niederzumachen. Dann sei Rom so geschwächt, daß es ein Menschenalter lang den Samnitern nicht gefährlich werden könne. Auch dieser Rat schien dem Sohne schlecht; er schloß einen Kompromißfrieden, der Krieg flammte bald wieder auf und endete schließlich mit dem Siege Roms. Dieses hat in der Unterwerfung der Samniter und später noch mehr in der Vernichtung Karthagos gezeigt, wie Kriege dauernd „beendet" werden.

Am Schlusse des Weltkrieges stand es ebenso: Wilson war der dilettantenhafte Vertreter des großen neuen Weltgedankens der Versöhnung, des gerechten Ausgleiches, des Völkerbundes. Er konnte sich nicht durchsetzen. Da kam die Gegenseite hoch, geführt von Clemenceau und jetzt von Poincaré, die Frankreichs Sicherheit in der Vernichtung des Feindes sucht. Wenn es nicht durch hundert Beweise belegt werden könnte, so müßte schon die Einsicht uns klar machen, daß Frankreichs Streben nicht auf Zahlungen, auf Wiedergutmachung von Kriegsschäden, sondern auf politische und wirtschaftliche Schwächung und Zerstückelung Deutschlands geht. Die Angst vor dem Wiedererstarken des Gegners, der jetzt am Boden liegt, führt zu all den Maßnahmen, die durchaus begreiflich sind, wenn man sie unter den leitenden Gedanken der französischen Politik stellt. Bei aller berechtigten Entrüstung über Frankreichs Maßnahmen dürfen wir nicht vergessen, daß sie logisch und konsequent aus dem politischen Grundgedanken fließen.

Deswegen kann Deutschland nicht hoffen, mit irgendwelchen Zahlungen oder Leistungen dem heutigen Frankreich genug zu tun. Dieses wird zu gerechter, das heißt vernünftiger Regelung nur dann kommen, wenn es dazu gezwungen wird. Immer stärker wird in französischen Volkskreisen die Einsicht, daß diese Vernichtungspolitik nicht durchgeführt werden kann, daß sie durch Zerrüttung Europas auch Frankreich selbst in den Abgrund reißen wird. Aber Frankreich ist nicht nur militärisch stark, sondern auch wirtschaftlich recht widerstandsfähig, und Revolutionen in Siegerstaaten kommen nicht vor.

Ein wichtigerer Bundesgenosse Deutschlands ist die Einsicht der mit Frankreich verbündeten Staaten, daß sie durch dessen Politik schwer geschädigt und gefährdet werden. Namentlich England will den Welthandel wieder in Ordnung sehen und widerstrebt energisch einer dauernden Hegemonie Frankreichs über Europa. Es setzt ja auch vieles jetzt daran, um Verhandlungen zur Liquidierung des Ruhrabenteuers und zur endgültigen Regelung der Kriegsentschädigungen in die Wege zu leiten. Bei diesen Verhandlungen muß man sich stets vor Augen halten, wodurch der Sieg der Gegner Deutschlands herbeigeführt worden ist. Auf Grund eines bindenden Vertrages, den Wilson mit Deutschland schloß, dem aber England, Frankreich und Italien ausdrücklich zugestimmt hatten, legte Deutschland die Waffen nieder, räumte das linke Rheinufer, versprach große Zahlungen und Sachlieferungen. Aber als Deutschland wehrlos gemacht worden war, da zwangen die Gegner es zur Unterzeichnung von Friedensbedingungen, die nichts mehr mit dem vorher Vereinbarten zu tun hatten, und leiteten jenen unseligen Zustand ein, unter dem Europa nun schon fünf Jahre leidet... Nach diesem Erlebnis kann Deutschland kein Vertrauen mehr zu irgend welchen Versprechungen haben. Das Recht ist noch nicht die Richtschnur im Völkerverkehre. Wehe Deutschland, wenn es ein zweites Mal sein Schicksal auf Feindesversprechen und Vertrag setzen wollte!

Nur Macht sichert das Recht. So traurig dieser Satz ist, so unbestreitbar ist er. Er gilt allgemein. Im Innenleben des Volkes ist es die Staatsmacht, die das Recht der Bürger schützt. Im Staatenverkehr gibt es noch keine Macht über den Völkern; daher kann jedes sein Recht nur durch eigene Macht sichern. Deutschlands Macht ist gegenwärtig gering. Seine Hauptwaffe ist, wie der Kampf an der Ruhr zeigt, der duldende Widerstand. Was in Arbeitskämpfen (namentlich in der österreichischen Staatsverwaltung) und in dem Widerstande Ostasiens gegen Europa sich als wirksames Mittel zur Hemmung und Schwächung fremder Macht erwiesen hat, das ist auch die einzige Rettung Deutschlands gegen den Vernichtungswillen Frankreichs. Rhein und Ruhr haben das tapfere Beispiel gegeben; sie wollen durchhalten bis zum äußersten Ende.

Deutschland will zahlen. Nicht etwa, weil es, wie seine Gegner behaupten, der einzige „Schuldige" wäre. Die Tatsachen haben diese Behauptung längst widerlegt. Deutschland will zahlen, weil es Zahlungen versprochen hat. Aber mit seinen Zahlungen will Deutschland sich seine politische Unabhängigkeit und seine Freiheit erkaufen. Darf man nun Aufgeben des passiven Widerstandes erwarten, solange die Unabhängigkeit und die Freiheit Deutschlands nicht gesichert sind?

## Eine polnische Note an den Danziger Senat.

Der Danziger Generalkommissar der polnischen Republik hat am Sonnabend an den Danziger Senat folgende Note gerichtet:

„Die Note des Senats vom 18. d. Mts. beantwortend, habe ich die Ehre, mitzuteilen, daß der Versailler Vertrag im Art. 104, Punkt 5, den Grundsatz festgelegt hat, daß in der Freistadt Danzig keine Unterschiede zu ungunsten polnischer Bürger gemacht werden. Andererseits hat der Vertrag Polen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Bürger der Freistadt Danzig auferlegt. Trotzdem hat Polen die ganzen letzten Jahre keine Danziger Bürger ausgewiesen. Sie konnten auf gleicher Stufe mit polnischen Bürgern ungehindert ihrer Beschäftigung in Polen nachgehen. Aus Danzig dagegen sind Hunderte von Personen formell, außerdem Hunderte von Personen dadurch ausgewiesen worden, daß man ihnen das Aufenthaltsrecht absprach oder daß sie durch den Danziger Demobilisierungsausschuß ihrer Beschäftigung beraubt wurden.

Die polnische Regierung ließ sich vom Grundsatz der Versöhnlichkeit leiten und zeigte übermäßige Geduld. Erst nach einem Jahre seit der letztinstanzlichen Regelung der Angelegenheit durch den Völkerbundsrat hat die polnische Regierung, durch die Unnachgiebigkeit der Danziger Behörden gezwungen, die Ausweisung von 16 Danziger Bürgern aus Polen vorgenommen. Unter den obwaltenden Bedingungen kann die Zusage einer zeitweiligen Amtsenthebung des Demobilisierungsausschusses in bezug auf polnische Bürger nicht als ausreichend angesehen werden. Doch erklärt sich die polnische Regierung, die stets vom Willen einträchtigen Zusammenlebens mit der Freien Stadt Danzig getragen war, dazu bereit, Danziger Bürger ebenso wohlwollend zu behandeln wie bisher, insbesondere wie in der Zeit nach dem 11. Januar 1922, als eine Reihe von Wirtschaftserleichterungen zugunsten Danzigs in Kraft traten, zu dem sich Polen, das durch keinen Vertrag dazu verpflichtet war, gutwillig entschloß, — wenn der Senat die aus Art. 104 des Versailler Vertrages hervorgehenden Verpflichtungen formell anerkennt und in der Praxis durchführt. Danach müssen polnische Bürger im Gebiet der Freistadt Danzig mit Ausschließung der politischen Rechte ebenso behandelt werden wie Danziger Bürger."

### Die polnische Eisenbahndirektion in Danzig.

Am Sonnabend hat der Generalkommissar der polnischen Republik als Vertreter der polnischen Regierung und der Präsident des Danziger Senats als Vertreter der Freistadt Danzig ein Protokoll unterzeichnet, in dem beide Seiten die Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes, Generals Haking, vom 19. Dezembre 1922 als nicht existierend anerkennen. In der demals getroffenen Entscheidung wurde Polen das Recht abgesprochen, eine Eisenbahndirektion in Danzig zu unterhalten, die außer den polnischen Eisenbahnlinien im Danziger Gebiet auch solche verwaltete, die im Gebiet Polens liegen. In dem Protokoll ist bestimmt worden, daß die polnische Staatseisenbahndirektion mit Rücksicht auf eine rationelle Eisenbahnverwaltung weiter in Danzig verbleibt, ohne daß ihre Kompetenzen in irgend einer Hinsicht geschmälert werden. Bis zum 31. Dezember werden Beratungen beiderseitiger Sachverständiger stattfinden, die die Einzelheiten der Organisation und der Tätigkeit der Direktion, sowie Einzelheiten wirtschaftlicher und persönlicher Natur (Wohnungsfrage, Steuern, Beamten usw.) mit besonderer Berücksichtigung der Interessen Danzigs und der Hafeninteressen endgültig festlegen sollen. Sollten die Konferenzen zu keinen günstigen Resultaten führen, dann kehrt die Frage des Sitzes der polnischen Eisenbahndirektion auf den im Versailler Vertrag für die Erledigung von Konflikten zwischen Polen und Danzig vorgesehenen Weg zurück, d. h. sie gelangt vor das Forum des Völkerbundes.

## Nachklänge zu einer deutschfeindlichen Rede des Staatspräsidenten.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Nachdem im Ausschuß längere Zeit die bereits gewohnten Reden gegen Danzig gehalten worden sind, ermannte sich doch der Abgeordneten Chomiński von der radikalen Bauernpartei „Wyzwolenie" dazu, die Haltung der Rechtspresse gegen Danzig auf das schärfste zu tadeln und diese Artikel, die mehr oder weniger offen zum bewaffneten Vorgehen auffordern, als eine ernste Störung des Friedens zu bezeichnen.

Bei weitem einschneidender war die Rede des Sozialisten Liebermann, der nicht mehr und nicht weniger als eine Desavouierung des Staatspräsidenten Wojciechowski durch den Minister des Äußern erreichte, gewiß ein durchaus ungewöhnlicher Vorgang, über den zur Stunde nur unzulängliche Berichte vorliegen. Nach der links gerichteten Zeitung „Kurzer Poranny" verwies Liebermann auf einige Worte, die der Staatspräsident bei seiner Reise in Oberschlesien sprach. Liebermann sagte, der Präsident habe von einer „perfiden Kultur" gesprochen, die Schlesien ergriffen habe. Er erinnere daran, daß Polen in Frieden mit Deutschland lebe, und daß solche Reden Verwicklungen zur Folge haben könnten. Jedenfalls habe hier der Präsident mit seiner Stellungnahme gegen ein anderes Reich Polen auf dem Gebiete der internationalen Politik engagiert, und er wünschte zu wissen, ob die Regierung für diese Reden die Verantwortung zu tragen wünsche. Im übrigen billigte der Redner die Stellungnahme der Regierung gegenüber einer Beleidigung durch einen preußischen Minister, womit Liebermann die Note der polnischen Regierung auf die Rede des preußischen Ministerpräsidenten Braun meint. Nun aber antwortete Seyda, daß er die Stellungnahme des Vorredners teile, **und daß die Regierung das Nötige tun werde, um in Zukunft nicht durch derartige Reden überrascht zu werden.**

In der Sitzung des Sejm am 22. Juni bildete den ersten Punkt der Tagesordnung der Vorschlag eines Gesetzes zur Bewilligung eines Kredits von 10 Milliarden für polnische Rückwanderer aus Deutschland. Wir haben bereits früher berichtet, daß diese Rückwanderungen, wie eine Aussprache im Sejm gezeigt hatte, nur äußerst spärlich erfolgen, und auf der Tagung der Exekutive des internationalen Bergarbeiterverbandes zeigte sich, daß die polnischen Arbeiter, die sich wegen der Ruhrbesetzung zur Auswanderung genötigt sahen, nach Frankreich und Belgien, nicht aber in ihr Heimatland gegangen sind. Michalek von der Nationalen Arbeiterpartei, der diesen Gesetzentwurf, ebenso wie die Redner der Rechten verteidigte, sagte, daß die Budgetkommission die Notwendigkeit dieser Ausgaben für richtig erkannt habe. Die Rückwanderer-Kreditgesellschaft habe im Posenschen bereits achtzig Hektar Land angekauft, ebenso vier Häuser für 20 Familien. Der christlich-demokratische Abgeordnete Bigoński meint, daß noch 250 000 „Rückwanderer" sich in Deutschland befänden. Es ist aber eine sonderbare Art, Menschen als Rückwanderer zu bezeichnen, die offenbar trotz aller polnischen Vorbereitungen, sich in Deutschland zu wohl fühlen, um sich zur Auswanderung bewegen zu lassen.

In dritter Lesung wurde ein Waren- und Musterschutzgesetz angenommen, wobei bemerkt wurde, daß Polen und Albanien bisher die einzigen Länder in Europa seien, die ein Patentgesetz nicht besitzen. Bei dem vorliegenden Gesetz wurde nicht, wie in Deutschland und England, die Erforschung der Neuheit der Erfindung zur Bedingung gemacht.

Zur Unterstützung des Kleingewerbes waren 2 Milliarden Mark als Garantie des Finanzministeriums für Anleihen vorgeschlagen worden, die jedoch angesichts der Entwertung der Mark auf 4 Milliarden erhöht werden. Ein Abgeordneter der Wyzwolenie verlangt sogar 20 Milliarden; von jüdischer Seite wird darüber geklagt, daß bisher kein einziger jüdischer Gewerbetreibender von dieser Subvention das geringste erhalten konnte, obwohl bereits 500 Millionen Kredite gegeben worden sind in insgesamt 63 Darlehen, — eine Klage, die übrigens vom Berichterstatter als unberechtigt zurückgewiesen wird. Das Gesetz zur Garantiestellung von 4 Milliarden wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgte in dritter Lesung der deutsch-polnische Vertrag über die fünf Dörfer am rechten Weichselufer, die Polen erhielt, und die gemeinschaftliche Verwaltung des Tales zur Verhütung von Überschwemmungen usw. Es wird eine aus drei Deutschen und drei Polen bestehende Kommission geschaffen mit einem Generalinspektor als Vorsitzenden.

In dritter Lesung wurde angenommen ein Gesetz, das das Liquidationshauptamt unter die Verwaltung des Finanzministeriums stellt.

Einstimmig wurde die Dringlichkeit eines Antrages des Mitgliedes der Nationalen Arbeiterparten Żuławski angenommen, wonach für Arbeiter und Beamte die Zahlung in Złoty, nach dem täglichen Kurswert, gefordert wird, da die Löhne der Arbeiter und die Angestelltengehälter der Beamten der Markentwertung nicht folgten. Der Antrag wurde dem Ausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag.

## Den politischen Wochenrückblick

bringt diesmal
die Mittwoch-Ausgabe des „Pos. Tagebl." (morgen).

# Republik Polen.

### Ein deutsch-polnisches Abkommen.

Am 23. d. Mts. ist in Posen durch den deutschen Gesandten Dr. Eckardt und den polnischen Liquidationskommissar von Koczorowski ein deutsch-polnisches Abkommen über die Benutzung von Baulichkeiten in Kurzebrack durch Polen und über den Zugang zu diesen Baulichkeiten unterzeichnet worden.

### Das rumänische Königspaar in Warschau.

Am Sonntag traf in Warschau das rumänische Königspaar ein. Zum Empfang der Gäste versammelten sich auf dem Hauptbahnhof u. a. der Staatspräsident und seine Gemahlin, der Sejmmarschall und der Senatspräsident, der Ministerpräsident, der Generalstabschef, die Generaladjutanten des Präsidenten, der Vorsitzende der Warschauer Stadtverordnetenversammlung, der Stellvertreter des Warschauer Wojewoden, der Warschauer Polizeikommandant, das Personal der rumänischen Gesandtschaft und der französischen Mission, die der Königin zugeteilten polnischen Damen und die Vertreter der Presse. Nach feierlicher Begrüßung schritt der Präsident mit dem König und dem engeren Gefolge die Front der Ehrenkompagnie ab. Nach gegenseitiger Vorstellung der Regierungsmitglieder und des Gefolges fuhr das Paar nach dem Lazienkipalast, wo um 11¼ Uhr in der Kapelle eine Messe abgehalten wurde. Um 12 Uhr stattete das Königspaar im Belvederepalast seinen Besuch ab. Um 12½ Uhr begaben sich der Präsident und seine Gemahlin nach dem Lazienkipalast zum Gegenbesuch. Um 1½ Uhr wurde im Belvederepalast ein Frühstück gegeben, an dem 32 Personen teilnahmem. Einem Cercle mit dem diplomatischen Korps folgte um 8 Uhr abends ein Diner im Schloß.

Die Stadt trug rumänischen und polnischen Flaggenschmuck.

### Graf Zamoyski bei Witos.

Ministerpräsident Witos empfing in längerer Audienz den Pariser Gesandten Zamoyski und konferierte mit ihm über die außenpolitische Lage im allgemeinen und über die Jauerfrage im besonderen.

### Von der polnischen Kriegsmarine.

Die polnischen Torpedoboote „Krakowiak", „Kujawiak" und „Slązak" sind von ihrer Fahrt nach Libau und Riga zurückgekehrt und in Danzig eingetroffen.

### Versammlung der Polnisch-Evangelischen.

In Warschau fand am 19. d. Mts. eine Organisationsversammlung des Verbandes polnisch-evangelischer Gesellschaften und Vereine statt. An den Beratungen nahmen 37 Delegierte der verschiedenen polnisch-evangelischen Gesellschaften und Vereine Polens teil. Der Zweck des neugegründeten Verbandes ist die Konsolidierung der polnisch-protestantischen Bewegung. Die Beratungen leitete Generalsuperintendent Bursche.

## Das neue Einkommensteuergesetz.

Von den gesetzgebenden Körperschaften in Polen ist eine Novelle zum preußischen Einkommensteuergesetz beschlossen worden, welche zunächst für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1923 verbindlich ist. Die Steuer ist progressiv. Sie beträgt bei dem niedrigsten Satz von zwei Millionen 2 Prozent, bei 10 Millionen 4,5 Prozent, bei 20 Millionen 8,3 Prozent, bei 50 Millionen 14,4 Prozent, bei 100 Millionen 22,2 Prozent usw.

Die Berechnung des Einkommens nach dreijährigem Durchschnitt fällt fort. Maßgebend ist das letzte Kalenderjahr bzw. Wirtschaftsjahr.

Das Gesetz enthält eine bisher noch nicht dagewesene Bestimmung. Der Finanzminister soll nämlich berechtigt sein, einen Multiplikator festzusetzen, der zum Ausdruck bringt, um wie viel die Teuerung in dem ersten Halbjahr 1923 gegenüber den Preisen im Jahre 1922 zugenommen hat. Mit diesem Multiplikator soll der auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember entfallende Steuerbetrag multipliziert werden. Der Steuerzahler ist jedoch in der Lage, dieser Multiplikation seiner Steuern zu entgehen, wenn er vor dem 1. Juli die Steuer für die ganze Steuerperiode (vom 1. April bis 31. Dezember 1923 bezahlt. Die Steuer steht zurzeit noch nicht fest; sie muß von dem Steuerzahler auf ihren ungefähren Wert geschätzt und bei der Steuerkasse eingezahlt werden.

Besondere Bestimmungen enthält das Gesetz für die Einkommen der Angestellten sowie der staatlichen und der privaten Beamten. Einkommen, die nach dem Geldstande vom 1. Januar d. Js. unter 7,2 Millionen betragen haben, sind steuerfrei. Bei höherem Einkommen soll der Arbeitgeber die Steuer bei der Lohnzahlung abziehen und an die Steuerkasse abführen.

## Marksturz und Valutasanierung.

### Verhandlungen mit Lodzer Industriellen.

Am Sonnabend fanden im Rahmen der Valutasanierungsaktion Verhandlungen mit Lodzer Industriellen statt. Minister Grabski verlangte von den Industriellen Deckung des ganzen Auslandsvalutaimports durch den Export nach dem Ausland. Daraufhin sollen die Industriellen verlangt haben, daß die Regierung die Exporteure von der Umsatzsteuer befreit. Die Verhandlungen dauern an.

### Neue Bestimmungen über den Valutenverkehr.

Das Finanzministerium hat eine Novelle zum Gesetz über die Berechtigungen des Finanzministers in Sachen des Valutenverkehrs eingereicht. Nach dieser Novelle sind Personen, die einer Verfügung des Finanzministers in Sachen des Valutaverkehrs zuwiderhandeln, einer fünfjährigen Gefängnisstrafe und 100 Millionen Geldstrafe ausgesetzt.

Das Gesetz soll auch auf die schlesische Wojewodschaft ausgedehnt werden.

### Wo sitzen die Schuldigen?

Die Lodzer „Fr. Presse" berichtet unter der Überschrift: „**Die Chjena als Urheberin des Marksturzes**" von sensationellen Enthüllungen über die Grundlagen des politischen und wirtschaftlichen Verhältnisses Polens zu England und Frankreich.

Das Blatt schreibt:

Der Korrespondent der „Republika" berichtet aus London, daß der gewaltige Sturz der Polenmark in dortigen mit Polen in Handelsbeziehungen stehenden Kreisen eine ungeheure Bestürzung hervorgerufen habe. Die in Pfundwährung erfolgte Protestierung von Wechseln vieler polnischer, darunter auch Lodzer Firmen infolge der Schließung der Börse und der Hemmung der Devisenausfuhr veranlaßte die Londoner Handelskammer, ein besonderes Communiqué zu veröffentlichen, in dem die Lage erläutert und die Gründe für das Vorgehen der polnischen Schuldner angeführt werden.

Die geschädigten englischen Firmen wandten sich das Finanzministerium mit der Bitte um Intervention bzw. um Erteilung von Aufklärungen darüber, wie sich die englische Regierung dem katastrophalen Sturz der polnischen Mark gegenüber verhalte, der die wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen vollständig unmöglich macht. Im Zusammenhang damit sind in den politischen Kreisen die sensationellsten Gerüchte über Angelegenheiten der polnischen Politik im Umlauf, die ein neues Licht auf die unerhörte, dem Staate zum Schaden gereichende Politik unserer Nationaldemokratien im Auslande werfen. Diese Gerüchte weisen auf die Chjena als die unmittelbare Urheberin des gegenwärtigen Marksturzes hin, da sie bewußt jegliche Hilfe des Auslandes unmöglich macht.

Noch im Sommer des Jahres 1919, als der Kurs des englischen Pfunds gegen 100 Polenmark betrug, sollte Polen in England mit Zahlungen für eingeführte Maschinen und Rohstoffe beginnen. Um aber durch plötzliche Ausgaben in Valuten die Mark nicht herabzudrücken, wandten sich polnische Industriekreise an das englische Board of Trade mit der Bitte um Erteilung weiterer Kredite in englischer Pfundwährung. Die Bittsteller verwies man an den Vorsitzenden der mächtigsten britischen handelspolitischen Organisation, der British Commonwealth Union, Herrn Allan Smith, der gern bereit war, an der Hebung der Wirtschaftslage Polens mitzuwirken und der sich verpflichtete, Polen alle zum Wiederaufbau seiner Industrie nötigen Maschinen und Rohstoffe gegen Kredit unter der Bedingung zu liefern, daß seine Organisation das Recht zugesichert erhalte, aus Polen ausführen zu dürfen. Auf diese Weise hätten wir sofort unsere Bilanz ins Gleichgewicht bringen können, ohne aus dem Lande weder Fremdvaluten noch Polenmark ausführen zu brauchen.

Den damals in England geltenden Vorschriften gemäß mußte der Vertrag von dem damaligen und auch dem gegenwärtigen Schatzkanzler Mac Kenna bestätigt werden. Dieser sicherte denn auch seine vollste Unterstützung zu, machte jedoch den Einwand, daß die englische Regierung nicht auf eigene Faust handeln könne, sondern daß der Anstoß dazu von Frankreich ausgehen müsse. Die polnische Delegation wandte sich in obiger Angelegenheit an den polnische Ministerpräsidenten Paderewski, der anfangs dem Plane nicht abgeneigt schien, ihn dann aber aus unbekannten Gründen im Sande verlaufen ließ.

Nunmehr stellt es sich heraus, daß die Nichtausnutzung jener überaus günstigen Gelegenheit zur Festigung unserer Valuta einen ernsten politischen Hintergrund hatte, da gerade zu jener Zeil die polnischen Delegierten bei der Friedenskonferenz zu Versailles, bestehend aus Paderewski und Dmowski, eine Verpflichtung unterzeichneten, auf Grund welcher sie sich mit dem englisch-französischen Vertrag einverstanden erklärten, der ganz Mittel- und Osteuropa in eine Londoner und eine Pariser Einflußsphäre teilte. In diesem Vertrag wurde eine von Odessa bis hinauf nach Riga führende Linie festgelegt, östlich welcher alle politischen und wirtschaftlichen Einflüsse für England gesichert wurden, während Polen, die Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien unter ausschließlichen französischen Einfluß traten.

Dieser von zwei nationaldemokratischen Diplomaten unterzeichnete Pakt lieferte uns rückhaltlos an Paris aus, machte eine selbständige Entwicklung der polnischen Politik unmöglich und schnitt uns jede wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung von seiten Großbritanniens ab.

Die Folgen dieses Paktes äußern sich in unserem ganzen politischen System, während der Vertrag selbst von der Chjena strengstens geheim gehalten wird. Die politische Abtrennung Polens von Europa, mit Ausnahme Frankreichs, verurteilt unser Wirtschaftssystem und unsere Valuta zum Untergange.

## Eine „Minderheiten-Universität" in Lodz.

Wie die Lodzer „Freie Presse" meldet, hat die Annahme der Gesetzesvorlage über den „numerus clausus" in verschiedenen Kreisen der Deutschen und Juden den Gedanken wachgerufen, in Lodz mit gemeinsamen Kräften eine Minderheiten-Universität zu gründen. Die Herren Dr. v. Behrens und Rechtsanwalt Dr. Lipschütz sollen dabei sein, einen gemischten Ausschuß zu diesem Zwecke zu bilden. Die Professoren Baudouin de Courtenay, Petrazycki u. a. sollen angegangen werden, beim Ausbau einzelner Fakultäten mitzuwirken. Mit Vertretern der Russen und Weißruthenen soll ebenfalls Fühlung genommen werden. Es wird geplant, die Vorlesungen in drei Landessprachen zu halten und den Polen keineswegs den Zutritt zu verwehren.

## Baltenstaaten.

### Die Minderheiten in Litauen.

Die „Deutsche Tageszeitung" berichtet aus Kowno: Beide deutsche Abgeordnete und der russische Abgeordnete im Kownoer Sejm bildeten eine gemeinsame Gruppe. Die jüdischen Abgeordneten ergriffen die Opposition gegen den Minister für jüdische Angelegenheiten. Die Opposition trägt einen persönlichen Charakter, im allgemeinen dagegen unterstützen die Minderheiten die Regierung.

### Die polnische Fraktion im litauischen Sejm.

Der „Dziennik Kowienski" das polnische Organ, schreibt über den Standpunkt der polnischen Fraktion im litauischen Sejm folgendes: Die polnische Fraktion ist mit keiner Partei verbunden und befindet sich nicht in der Opposition zur Regierung. Die Fraktion wird die Aktionen des Staates, die zur friedlichen Entwicklung des Landes notwendig sind, unterstützen. Aus der Beziehung zur früheren Regierung hat die polnische Fraktion keine Verpflichtungen gezogen und sie gehört auch nicht zu der Mehrheit des Sejms.

### Das deutsch-litauische Handelsabkommen.

Der deutsche Gesandte in Litauen Olhausen erklärte hinsichtlich des litauisch-deutschen Handelsvertrages, daß der Grund zur Schließung dieses Vertrages das Rekompensationsabkommen war, das alle Streitigkeiten beilegte. Der Vertrag sieht das Notieren der litauischen Valuta auf der deutschen Börse vor. In der Zollpolitik, die die Interessen Litauens berücksichtigt, wurde eine Herabsetzung der Zölle nach Deutschland und eine Erleichterung für die deutsche Industrie auf den litauischen Märkten festgesetzt. Außerdem reguliert das Abkommen die Frage der Saisonarbeiter und den post-telegraphischen Verkehr.

### Lettisch-estländisches Handelsabkommen.

Die Vorbereitungsarbeiten zum Handelsvertrag zwischen Lettland und Estland wurden beendet. Es wurde ein Warenaustausch zwischen beiden Ländern projektiert. Ein ähnliches Abkommen soll zwischen Estland und Litauen geschlossen werden.

### Verurteilung eines polnischen Redakteurs in Litauen

Die „Rzeczpospolita" nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der Redakteur der in Kowno erscheinenden polnischen Zeitung „Dziennik Kowienski" Salomowicz, wegen eines Artikels, der nach Ansicht der litauischen Behörden die Bevölkerung gegen die Regierung aufzuhetzen geeignet war, zu einer Geldstrafe von 500 Lit bzw. zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist.

### Die „weißrussische Regierung" in Kowno.

Aus Riga wird gemeldet, daß an die Spitze der sogenannten weißrussischen Regierung in Kowno an Stelle des zurückgetretenen Lastowski der Außenminister Cwikiewicz getreten ist.



## Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(3. Fortsetzung.) 

„Was ist denn das?"

„Übermangansaures Kali, ich trage es immer bei mir, eben weil es hier so viele Kreuzottern gibt — so, das reiben wir nun in die Wunde, es brennt ein wenig, nicht wahr? Na, das geht gleich vorüber, aber es ist das beste Gegenmittel, und jetzt wird der Unterarm kunstgerecht abgeschnürt, damit sich das Blut staut, — sehen Sie, nun ist alles in schönster Ordnung!"

Marianne lächelte schon wieder: „Ich weiß wirklich nicht, wie ich Ihnen danken soll, Herr v. Redern, ohne Ihre schnelle, tatkräftige Hilfe — — —"

„Aber bitte, Gräfin, das ist überhaupt nicht der Rede wert, und nun kommt der letzte Teil meiner Kur, ich habe noch einen guten, alten Friedenskognak in der Feldflasche, da müssen Sie wohl oder übel einen ordentlichen Jagdhieb nehmen!"

„Muß ich?"

„Unbedingt," entgegnete er mit erkünsteltem Ernst: „Sie sind jetzt Patientin, und ich vertrete den Arzt, da heißt es Order parieren!"

Das junge Mädchen setzte das flache, grünumsponnene Fläschchen an und schüttelte sich. „Brr —" Aber Hasso ließ nicht locker: „Eins — zwei — drei — so — o — — es ist alles nur Gewohnheit, auch das Kognaktrinken will gelernt sein, und wenn Sie sich nun frisch genug fühlen, dann schlage ich vor, daß wir uns auf den Weg machen, vorausgesetzt, daß Sie mir gestatten, Sie nach Clanitz zu begleiten, denn allein möchte ich Sie doch lieber nicht gehen lassen, solange noch die Gefahr besteht, daß eine Nachwirkung des Giftes eintreten könnte."

Gräfin Dassel streckte Redern die Hand hin: „Ich danke Ihnen, — danke Ihnen nochmals allerherzlichst, ohne Ihr Dazwischenkommen hätte die Sache bös ablaufen können!"

„Sie beschämen mich." Hasso wurde ordentlich rot und griff nach dem Körbchen mit den Pilzen, um seine Verlegenheit zu verbergen. „Fühlen Sie sich denn nun etwas besser?"

„Wie ein Fisch im Wasser, Ihr Kognak hat Wunder getan, und der Verband sitzt ausgezeichnet, ich glaube an Ihnen ist ein Arzt verloren gegangen."

„O, das lernt man im Felde, aber ich möchte Sie doch bitten, lieber Sanitätsrat Lohmeier aus Leiningen kommen zu lassen, man kann nie wissen — — —".

„Das fehlte nur noch!" Marianne lachte, ein silberhelles, klingendes Lachen: „Für so wehleidig dürfen Sie mich denn doch nicht halten, in drei Tagen sind die Ritzer geheilt."

Die beiden jungen Menschenkinder schritten den einsamen, nach Schloß Clanitz führenden Waldweg entlang, aber Redern, der sonst im Verkehr mit Damen nicht auf den Mund gefallen war, fühlte eine seltsame Befangenheit. Das junge Mädchen mochte wohl etwas gemerkt haben: „Sind Sie immer so schweigsam?"

„Nein, — Verzeihung, Gräfin, ich mußte nur daran denken, wieviel sich hier in den fünf Jahren meiner Abwesenheit verändert hat, wenn ich mich recht entsinne, war doch früher hier ein zusammenhängender Komplex achtzigjährigen Bestandes? Und nun ist überall aufgeforstet. Schlagflächen und Schonungen — — —."

Ein leichter Schatten huschte über Mariannens Züge: „Ja, Väterchen hat viel schlagen lassen, — leider, und wer weiß, wie lange es noch dauert, bis auch die Eichen im Grenzwald an die Reihe kommen —".

„Um Gotteswillen!" Hasso blieb mitten auf dem Weg stehen. „Das wäre ja einfach Sünde! Dieser prachtvolle, alte Bestand, — muß das denn sein?

Sie blickte zu Boden: „Ich weiß nicht, Herr v. Redern, aber das Herz tut mir weh, so oft ich hier durch diesen sterbenden Wald gehe."

„Der sterbende Wald," wiederholte Hasso leise: „Wie seltsam das klingt, und doch haben Sie recht, denn ich muß — selbst auf die Gefahr hin, mich lächerlich zu machen — bekennen, daß ich die altheidnische Anschauung von einem uns Menschen verborgenen Seelenleben der Pflanzen und Bäume teile."

Das junge Mädchen nickte versonnen: „Ich kann das verstehen, denn mir geht es gerade so. Man braucht nur einmal durch den keimenden, knospenden Frühlingswald oder durch die vom Herbststurm gepeitschten Forste zu gehen, um zu fühlen, wie all die Blätter und Blüten die raunenden, rauschenden Zweige und die von den Grundfesten erbebenden Stämme zu uns reden in ihrer Sprache. Da empfindet man erst, wie klein, wie nichtig wir Menschen sind im Vergleich zu der Wunderwelt der Schöpfung. Ist es nicht als spräche im Windeswehn Gottes Stimme zu uns? Zeigt uns der Wald nicht immer wieder das Mysterium der Auferstehung aus langer, kalter Todesnacht? Und ist dies Vergehen und Werden nicht ein Sinnbild, ein Gleichnis unseres eigenen Lebens? Überall, auf Schritt und Tritt, fühlen wir Gottes Nähe, er lebt und wirkt in allem, im Rauschen der Wellen, im Branden des Orkans so gut wie in den Myriaden von winzigen Lebewesen, von fruchtbringenden, kaum sichtbaren Keimen, die unser Fuß achtlos zertritt. Wer einmal mit offenen Augen durch einen Sommertag wie heute gegangen ist, der lernt es erst verstehen, wie groß, wie unendlich reich und urewig neu die Schöpfung ist. Und da wird man auch bescheiden in seinem Wünschen und Hoffen, da kommt einem die Erkenntnis, daß das kleine Einzelschicksal nur ein Glied bildet in der Kette alles Geschehens, daß der Mensch nichts ist als ein Atom in dem gigantischen Plan des Weltenlebens. Haben Sie das nicht auch schon gefühlt und empfunden?"

Tief, ganz tief atmete v. Redern auf: „Sie verstehen es, die Liebe zu Gott und zur Natur zu predigen!" Und plötzlich, als müsse er sich eine drückende Last von der Seele reden fuhr er hastig fort: „Mir ist der Kinderglaube verloren gegangen in dem Meer von Blut und Tränen, voll Not und Tod, das ich Jahre hindurch täglich, stündlich vor Augen hatte, und jetzt, wo unser Volk ehr- und wehrlos am Boden liegt, wo Haß und Habsucht triumphiert haben über Recht und Gerechtigkeit, da habe ich es verlernt, an einen gütigen, allbarmherzigen Gott zu glauben. Ist es denn nicht auch eine ungeheure Vermessenheit, ein Größenwahn, daß wir — wir erbärmlichen, kleinen Menschlein — uns einbilden, mehr zu sein als ein Blatt im Winde, ein Sandkorn, ein Stäubchen in dem wirbelnden Chaos?! Und wer gibt uns ein Recht, zu glauben, daß der Schöpfer und Lenker dieser Ungeheuerlichkeit, der kreisenden Sonnen und Sonnensysteme, in uns mehr sieht als in einer winzigen Mikrobe?!'

(Fortsetzung folgt.)

# Die französische Antwort

ist immer noch nicht in London eingetroffen. Es scheint auch gar nicht sicher zu sein, ob sie überhaupt in den nächsten Tagen überreicht wird. Die Geheimdiplomatie steht diesmal wieder in voller Blüte. Eine schriftliche Antwort wird von vielen nicht vor Ablauf der belgischen Krise erwartet. Die Meldungen über eine direkte Fühlungnahme zwischen Berlin und Paris werden in London von keiner unterrichteten Persönlichkeit ernst genommen, da ihr Urheber ein antideutscher Journalist nichtenglischer Abstammung ist.

### England drängt auf Beschleunigung.

Am 22. d. Mts. nachmittags stattete der englische Gesandte in Paris Poincaré im Auswärtigen Amt einen Besuch ab. Die Unterredung dauerte eine viertel Stunde lang. Es verlautet, daß der Gesandte dem französischen Ministerpräsidenten zu verstehen gab, wie sehr man in London die Beschleunigung der französisch-englischen Besprechungen wünsche. Die Zeitungen heben in diesem Zusammenhang hervor, wenn das Pariser Kabinett seine Antwort überhasten würde, ohne das Ende der belgischen Ministerkrise abzuwarten, so setzte es sich der Gefahr aus, mit dem kommenden belgischen Ministerium nicht in vollem Einvernehmen zu handeln. Auf eine solche Gefahr kann es auf keinen Fall eingehen.

### Mac Kennas Eintritt in die englische Regierung steht bevor.

Wie zuverlässig verlautet, soll die Übernahme des Schatzkanzleramtes durch Mac Kenna am 1. Juli erfolgen. Es wird damit gerechnet, daß bei dieser Gelegenheit auch das Kolonialministerium neu besetzt werden wird. Mac Kenna soll von Baldwin bereits mit der Bearbeitung der rein wirtschaftlichen Fragen des Reparationsproblems betraut worden sein.

### Französische Befürchtungen.

Die aus London eingetroffene Mitteilung, wonach Mac Kenna anfangs Juli die Leitung der Geschäfte des Reichsschatzministeriums übernehmen werde, hat eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen, die Pertinax in sehr rücksichtsloser Weise ausspricht. Er erklärt, es sei eine böse Nachricht, denn sie bedeute, daß die zwischen Brüssel, Paris und London im Gange befindlichen Verhandlungen von jetzt ab dem Einflusse des Präsidenten der Citybank unterworfen sein werden. Einerseits wolle er auf die interalliierten Schulden verzichten und andererseits sich energisch gegen den Versailler Vertrag wenden. Weiterhin komme es ihm darauf an, denjenigen Reparationsverpflichtungen Widerstand zu leisten, die, wenn sie wirklich ausgeführt werden, das Dasein einer machtvollen Industrie voraussetzen, die infolge ihrer Konkurrenz das Wohlergehen der Arbeiterklasse anderer Länder bedeutend herabsetzen müsse. Man könne nur eine Folgerung daraus ziehen, nämlich: Die Reparationen sind dazu angetan, mehr Schaden als Gutes anzurichten. Ein solches Programm Mac Kennas vorausgesetzt, würde Frankreich nur Naturallieferungen und bestenfalls das Zugeständnis zur Beschlagnahme der deutschen Guthaben im Auslande erhalten.

### Noch keine Lösung der belgischen Krise.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Matin" schreibt, daß in der Frage der Flamenuniversität eine Einigung zwischen Liberalen und Katholiken erzielt worden sei, daß aber die Schwierigkeiten hinsichtlich der Dauer der militärischen Dienstzeit und über die Sprachenfrage im Heer noch nicht behoben seien. Der Berichterstatter glaubt, daß Theunis darauf verzichten müsse, das Ministerium zu bilden, und daß man zur Auflösung der Kammer schreiten müsse.

### Kommunistische Kundgebungen in Paris.

In Paris fanden kommunistische Kundgebungen statt, bei denen viele Personen verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden.

### Die drei radikalsozialistischen Minister

im Kabinett Poincaré, die nach der Trennung der radikalsozialistischen Partei vom bloc national von ihrer Partei zur Demission aufgefordert wurden, haben erklärt, daß sie die Demission nicht einreichen würden, da sie stolz darauf seien, mit Poincaré, „dem entschlossensten aller Republikaner", zusammenzuarbeiten.

# Hungerblockade des Ruhrgebietes.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Luther, früher Oberbürgermeister von Essen, gewährte einem Vertreter von Wolffs Telegraphen-Bureau eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: „Nach den jetzt vorliegenden Nachrichten kann, so unglaublich es klingt, kein Zweifel mehr sein, daß die Franzosen den Versuch machen, über die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebiets die Hungerblockade zu verhängen. Das hauptsächliche Mittel der Franzosen ist die Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs im Ruhrgebiet. Die einschneidende Bedeutung dieser Maßnahme gerade für das Ruhrgebiet beruht darauf, daß in dem weitgestreckten Bezirk mit seinen rund vier Millionen Einwohnern Lebensmittel nur in geringem Umfange erzeugt werden, so daß fast alles von draußen herangebracht werden muß. Auch die unmittelbaren Eingriffe der Besatzungsmächte in die Lebensmittelsendungen, sogar in Liebesgabensendungen kommen immer häufiger vor. Selbst bei der für die Kinder so lebensnotwendigen Milch werden immer wieder solche Störungen herbeigeführt, so daß die Milch, wenn überhaupt, in verdorbenem Zustande ankommt. Daß die Franzosen zu Aushungerungsversuchen schreiten würden, haben nicht nur die meisten Deutschen, sondern auch die zahlreichen Ausländer, mit denen ich seit Monaten über die Möglichkeit gesprochen habe, für völlig ausgeschlossen erklärt, weil sie annahmen, daß das französische Volk sich niemals vor Mit- und Nachwelt mit dem fürchterlichen Ruf belasten würden, mitten im Frieden unbewaffnete Menschen auszuhungern. Und nun unternehmen die Franzosen diesen Vernichtungsversuch gerade jetzt, wo die Meinung fast der ganzen Welt auf eine endgültige wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage hindrängt."

Die jetzt erfolgte Freigabe des Bahnhofs Dortmund-Süd ist nur scheinbar eine Erleichterung der Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets und offenbar nur darauf berechnet, als französisches Entgegenkommen gegenüber den Lebensmittelschwierigkeiten der Ruhrbevölkerung vor dem Auslande zu erscheinen. Tatsächlich erschweren die Franzosen nach wie vor systematisch den Transport von Lebensmitteln. Im Ruhrgebiet wird daher verschiedentlich der Wunsch laut, daß nunmehr das internationale Rote Kreuz die Lebensmitteltransporte nach dem Ruhrgebiet unter seinen Schutz stellt.

### Wieder 2 Deutsche ermordet.

Belgier schossen in Recklinghausen auf einen harmlos des Weges kommenden Zechenwärter, einen 70jährigen Mann, der am Kopfe lebensgefährlich verletzt wurde und ins Recklinghausener Krankenhaus gebracht werden mußte. Ferner ist in Recklinghausen am 21. Juni gegen 11.30 Uhr nachts der Sohn des Konditors Feldhoff von einem französischen Soldaten erschossen worden.

### Blinde Schießwut.

Zu der Ermordung Feldhoffs wird noch gemeldet: Zwischen zwei Straßenbahnfahrgästen war ein Streit entstanden, in dessen Verlauf einer der beiden in französischer Sprache um Hilfe rief. Darauf veranlaßte ein in unmittelbarer Nähe stehender französischer Offizier einen französischen Posten zum Eingreifen. Der Posten schoß sofort auf die bei der Haltestelle sich aufhaltende Menge und traf dabei den Feldhoff, der innerhalb weniger Minuten verstarb. Feldhoff war kurz vorher mit einigen Freunden aus einem Kaffeehaus gekommen und am Streit nicht im geringsten beteiligt gewesen.

### „Sanktionen" über Buer verhängt.

Wegen des Zwischenfalles in Marl wurden folgende „Sanktionen" über die Stadt Buer verhängt:

1. Sämtliche Lokalitäten werden auf drei Monate geschlossen und alle öffentlichen Veranstaltungen auf dieselbe Zeit verboten.
2. Der Straßenverkehr wird von abends 6 Uhr bis morgens 5 Uhr vollständig für einen Monat gesperrt.
3. Die Straßenbahn muß für die Dauer eines Monats ihren Betrieb vollständig einstellen.
4. Für die Zeit von 14 Tagen werden keine Pässe mehr ausgestellt.
5. Der Telephonverkehr wird für acht Tage vollständig gesperrt.

Verhaftet wurden als Geiseln Bürgermeister Rohr, Stadtrat Schlossiger, der Bureauinspektor Böhmer, der Oberstadtsekrtär Bickardt, der Kaufmann Arnold, der Polizeiassistent Fels, zwei Frauen und ein Mann unbekannten Namens sowie der Amtmann von Marl.

### Das Feuergefecht bei Marl.

Die Erschießung der beiden belgischen Soldaten bei Marl, die wir in der Sonntagsnummer schon meldeten, trug sich folgendermaßen zu: Mehrere Deutsche wollten in Marl einen übelbeleumdeten, in französischen Diensten stehenden deutschen Verräter namens Blanke unschädlich machen. Sie durchschwammen die Lippe, um Blanke zu ergreifen, der belgische Soldaten zu Hilfe rief. Diese eröffneten sofort das Feuer, das von den Deutschen erwidert wurde. Im Verlauf dieser Schießerei wurden zwei belgische Soldaten getötet, ein dritter sowie einer der Deutschen schwer verletzt. Dieser suchte sich in Sicherheit zu bringen, indem er durch die Lippe schwann, wobei er jedoch ertrank. Die Leiche wurde dann von belgischen Soldaten aufgefischt.

# Manöver der Saarkommission.

Die von der Regierungskommission abgeänderte „Maulkorbverordnung" enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen: Im allgemeinen unterliegen die Presse- und Redefreiheit sowie die Vereins- und Versammlungsfreiheit, wie sie durch die im Saargebiet zurzeit in Kraft befindlichen Gesetze und Verordnungen gewährleistet sind, keiner Beschränkung. Wer jedoch durch Druckschriften oder in öffentlichen Versammlungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die im Saargebiet durch den Vertrag von Versailles geschaffene Ordnung angreift, wird gemäß § 18 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 bestraft. In gleicher Weise wird bestraft, wer 1. die Regierung des Saargebiets, ihre Mitglieder oder Beamten beschimpft oder verleumdet. 2. Wer die verschiedenen Teile der Bevölkerung des Saargebiets gegeneinander aufreizt oder aufzureizen versucht. — Die Veröffentlichung, der Verkauf und die Verbreitung von Druckschriften jeder Art kann auf die Dauer bis zu einem Monat verboten werden, wenn ein Artikel der betreffenden Druckschriften obigen Tatbestand erfüllt.

### Frankreichs Verschwendung.

Die Kammer hat Freitag vormittag eine Vorlage über den Ausbau der Zollbahnhöfe an der deutsch-saarländischen Grenze angenommen, die ein Kreditbegehren von 80 Millionen Franken in sich schloß.

### Kammerdebatte über das Saargebiet.

In der Pariser Kammersitzung kam es zu einer kurzen Debatte über das Saargebiet. Der Kommunist Cachin griff die angeblich aufgehobene Notverordnung scharf an und bezeichnete sie als im vollkommenen Widerspruch zum Versailler Vertrag stehend. Es sei der Wille der Bergarbeiter des Saargebietes, deutsch zu bleiben, ebenso wie es trotz der Annexion Elsaß-Lothringens 1870 der Wille der Elsaß-Lothringer gewesen wäre, Franzosen zu bleiben. (Da die Elsässer und die Deutsch-Lothringer niemals Franzosen waren, so konnten sie auch nicht Franzosen bleiben. Sie wollten es auch gar nicht werden, da sie in ihrer großen Mehrheit die Franzosenherrschaft nur als aufgezwungen betrachteten. D. Schriftl.) Der Abg. Margain kritisiert die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet. De Berichterstatter Lenais meinte, daß man vorsichtiger sein sollte, und gegen die Bevölkerung des Saargebietes behutsamer vorgehen müsse, wenn man wolle, daß dieses Land bei der Abstimmung nach 11 Jahren für Frankreich stimme.

### Englands Stellung zur Saarfrage.

Die Saarregierung hat in einem Brief dem Völkerbundsrate mitgeteilt, daß sie in ihrer Sitzung am 18. Juni die vielfach beanstandete Notverordnung durch eine andere Verordnung ersetzt habe, ohne daß über den Charakter dieser neuen Verordnung etwas Näheres gesagt ist. Man empfindet dieses Vorgehen in englischen Kreisen als einen Versuch, die Interventionsforderung der englischen Regierung gegenstandslos zu machen, und weist darauf hin, daß das englische Interventionsgesuch sich nicht nur gegen die Notverordnung richtet, sondern daß Unterstaatssekretär Mac Neill ausdrücklich im Unterhause erklärt habe, **England wünsche im allgemeinen Aufklärung darüber, ob die Tätigkeit der Regierungskommission dem Geiste des Versailler Vertrages entspreche.** Infolgedessen könne natürlich die Zurückziehung der Notverordnung keinerlei Änderung der Stellungnahme der englischen Regierung zur Folge haben.

# Die Reparationen der kleinen Entente.

### Deutsch-jugoslawisches Abkommen.

Die Verhandlungen, welche Anfang des Monats Juni mit der Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in Belgrad geführt wurden, hatten den Abschluß von Abkommen zum Ziele, durch welche die Ablösung sämtlicher Viehlieferungen und die Abgeltung der gesamten Requisitionen herbeigeführt wird. Der Inhalt der als Ergebnis der Verhandlungen paraphierten Abkommen ist im wesentlichen folgender:

Die serbische Regierung verzichtet auf alle ihr für das Jahr 1923 und künftig zustehenden Viehlieferungen. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit,, hierfür und in Erfüllung des im Mai 1921 über die Restitution von Vieh geschlossenen Abkommens der serbischen Regierung auf Reparationskonto einen Kredit von neun Millionen Goldmark zu eröffnen. Durch die Vereinbarung über die Abgeltung der deutschen Rostitutionsverpflichtungen wird Deutschland gegen Einräumung eines Kredits von zwei Millionen Goldmark von den übrigen aus Artikel 238 des Versailler Vertrags (Restitution) sich ergebenden Verpflichtungen befreit. Die sämtlichen Kredite stehen der serbischen Regierung zum Einkauf von Waren in Deutschland zur Verfügung. Im Rahmen des Abkommens über die Ablösung der Viehlieferung wird ferner der deutschen Regierung zur Erhöhung der Preise für die im Oktober 1921 bestellten Lokomotiven der Betrag von 17 Millionen Goldmark auf Reparationskonto gutgebracht. Im Zusammenhang mit diesem Abkommen verpflichtet sich die deutsche Regierung, im Jahre 1924 außerdem für eine Milion Goldmark Salz zu liefern. Die Abkommen, für die die Ratifikation vorbehalten ist, unterliegen zur Zeit der Prüfung.

### Erhöhte Forderungen Rumäniens.

Der rumänische Finanzminister ist in Paris eingetroffen, um die rumänischen Reparationsforderungen und insbesondere eine Erhöhung der rumänischen Anteils an den deutschen Reparationszahlungen zu besprechen. Außerdem beabsichtigt er über die Begebung einer Anleihe für Rumänien zu verhandeln. Von Paris aus begibt er sich in der gleichen Angelegenheit nach London und Rom.

### Schlechtzahlende rumänische Schuldner.

Die „Journée Industrielle" berichtet über einen Konflikt zwischen den französischen Privatgläubigern und ihren rumänischen Schuldnern, der bereits politischen Charakter angenommen habe. Die französischen Gläubiger hätten mit Unterstützung des Quai d'Orsay ein Schutzkomitee eingesetzt, das entschlossen wäre, so weit es in seiner Macht stehe, alle Handelsbeziehungen zu Rumänien abzubrechen.

# Deutsches Reich.

** **Die Beratungen über die Frage der Markstützung,** sind am vorigen Freitag durch eine Beratung beim Reichskanzler zum Abschluß gekommen. Die beabsichtigten Gegenmaßnahmen bestehen hauptsächlich in folgendem: Allgemeines Handelsverbot für ausländische Noten, Verbot des Ankaufs von ausländischen Effekten im Auslande, Revision, gegebenenfalls Widerruf der Devisenhandelsbescheinigungen, Einschränkung des Devisenrechts der Banken, Einheitsnotierung während der amtlichen Börsenstunden. Außerdem wird noch eine weitere Maßnahme der Reichsregierung zur Stützung der Mark geplant, über die Näheres noch nicht gesagt werden kann. Es handelt sich nicht um eine Goldanleihe.

** **Rechtfertigung der Firma Stinnes vor dem Untersuchungsausschuß.** Am Freitag wurde im Untersuchungsausschuß Generaldirektor Minoux, Berlin und der Sohn von Hugo Stinnes, Hugo Stinnes jun. in Hamburg vernommen und gleichzeitig dem Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung Oeser gegenübergestellt, der in diesem Blatte schwere Anschuldigungen gegen die Firma erhoben hatte. Nach der Vereidigung aller Zeugen ergreift als erster das Wort Generaldirektor Minoux, der von Herrn Stinnes sen. den Auftrag erhalten hat, die Firma von allen Vorwürfen zu reinigen. Der Devisenbedarf des Berliner Sektors der Firma war vom 1. Januar bis 31. Mai gegen 2 220 000 Pfund, monatlich also 244 000 Pfund. Die Größe des Bedarfs erklärt sich dadurch, daß Stinnes die Kohleneinkäufe für die Kohle der Industrie, der Reichsmarine und der Reichseisenbahnen gemacht hat. Außerdem Einkäufe von Papier, Holz, Schwefelkies und Kalkstein in England und Amerika. Diese Rohstoffe müssen mit Auslandswährung bezahlt werden. Von den daraus hergestellten Waren geht jedoch nur ein Teil wieder ins Ausland. Der Rest wird im Inland verkauft. Dadurch entsteht zwischen dem Bedarf an Auslandsdevisen und dem Einkauf an Importdevisen eine Spannung, die die Firma durch neue Einkäufe decken muß. Gewöhnlich habe die Firma kaum für zwei Tage den erforderlichen Devisenvorrat gehabt. Minoux versichert unter Berufung auf seinen Eid, daß die Firma nicht einen Pfennig nach dem Auslande oder sonst irgendwie versteckt oder verschoben habe. Jeder Pfennig sei zur Finanzierung des Warengeschäftes gebraucht worden. Stinnes habe fortdauernd große Devisenforderungen an die Reichseisenbahn für die Kohlenlieferungen gehabt. Die Firma sehe es als ihr Verdienst an, soviel Kohlen geliefert zu haben, daß die deutsche Eisenbahn im vollen Umfang den Betrieb aufrechterhalten konnte. Das Urteil von Stinnes über die Markstützungsaktion geht aus einem Brief von Stinnes an Dr. Hermes hervor, den Generaldirektor Minoux verliest, in dem es heißt: „Ich habe gegen die Art der Devisenpolitik und mit der Dollaranleihe so außerordentliche Bedenken, daß es das Äußerste ist, was von mir erwartet werden kann, daß ich nicht gegen diese Maßnahmen auftrete." Es sei Stinnes klar gewesen, daß man versuchte, eine Sprungfeder mit äußerster Gewalt niederzudrücken und daß diese zurückschlagen mußte, sobald die Kraft ausging. Minoux schließt seine Rede mit folgenden Worten: „Woher Stinnes das Geld nimmt? Er hat eine Schar von Mitarbeitern, die mit Begeisterung für ihn arbeiten, und so viel Geld hat kein Hugo Stinnes, daß diese Schar sich dazu hergeben würde, etwas zu tun, was gegen ihr deutsches Interesse ginge. Das wird uns auch nicht zugemutet. Ich bedauere die Stunden, die wir hier sitzen müssen. Wenn alle Leute, so wie wir, 16 Stunden am Tage arbeiteten, dann brauchten wir keinen Untersuchungsausschuß, sondern die Mark würde sich selber stützen, und um Deutschland würde es besser stehen!"

Hierauf gibt noch Herr Stinnes jun. genauere Auskünfte über die Divisenkäufe der Firma in Hamburg in den sogenannten kritischen Tagen vom 12. bis 20. April. Herr Oeser von der Frankfurter Zeitung muß erklären, daß er an ein bösartiges Motiv bei Herrn Stinnes nicht glaube. Jedenfalls hat es sich beim Devisenkauf nicht um eigenen Bedarf gehandelt, sondern um den Bedarf der Reichseisenbahn. Zum Schluß wird noch die Frage erörtert, wie es komme, daß die durchaus privatim geführten Telefongespräche der Firma Stinnes mit Devisenhändlern ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden hätten, so daß andere mitkauften.

** **Erhöhung des Berliner Straßenbahntarifs.** Von Montag, dem 25. ab kostet die Straßenbahn in Berlin 1000 Mark, Umsteigefahrscheine 1500 Mark. Vom 2. Juli ab soll der einzelne Fahrschein 1500 Mark kosten, die übrigen Preise entsprechend erhöht werden. Auch die Tarife der Hoch- und Untergrundbahn und der Berliner Omnibusse werden erhöht.

** **Verbot des freien Devisenverkehrs.** Der Reichspräsident hat bereits eine Verordnung erlassen, welche den freien Devisenverkehr vollständig verbietet. Der Erwerb oder die Veräußerung von Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung ist nur zu dem amtlichen Kurse des Tages des Geschäftsabschlusses, und zwar zu dem Geld- oder Briefkurse oder einem dazwischen liegenden Kurse zulässig. Im Kleinverkehr sind Umsätze bis zu 5 Pfund Sterlin oder dem entsprechenden Betrage in ener anderen Währung auf die letztbekannten amtlichen Kurse zulässig. Diese Vorschriften finden auf Geschäfte, die in der Reichsbank abgeschlossen werden, keine Anwendung.

** **Rathenaufeiern.** Am Sonntag, dem 24. Juni, fanden in Berlin verschiedene Rathenaufeiern zum Gedächtnis an die im vorigen Jahre an diesem Tage erfolgte Ermordung des Außenministers Walter Rathenau statt. Bei der im Reichstagsgebäude stattfindenden Feier des Deutschrepublikanischen Bundes hielt der frühere Kultusminister Hanisch und der frühere Reichsminister Dr. Preuß Ansprachen. Der Dichter Fritz von Unruh sprach persönlich eine für den Tag verfaßte eigene Dichtung. Auch bei der Eröffnung der fünften ordentlichen Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie hielt der Vorsitzende des Vorstandes, Herr C. F. von Siemens, einen Nachruf für Walter Rathenau, wobei sich alle Erschienenen von ihren Plätzen erhoben. Siemens erkannte in seiner Rede besonders an, daß Rathenau sein altes, ererbtes Arbeitsgebiet in der A. E.-G. verließ, um sich von neuem dem Vaterland zur Verfügung zu stellen. Pflichterfüllung war das Kennwort Walther Rathenaus.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: Robert Styra; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

In der Nacht vom 22. zum 23. d. Mts. entriß uns der Tod plötzlich und unerwartet meine innigstgeliebte Frau, die treusorgende Gattin und Mutter meiner Kinder, unsere heißgeliebte Tochter, Schwester, Schwiegertochter u. Schwägerin

**Frau Gertrud Schwarz**
geb. Süßkind

im noch nicht vollendeten 29. Lebensjahre.

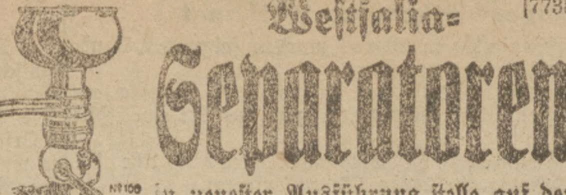
Im Namen
der tieftrauernden Hinterbliebenen
**Sally Schwarz.**

Poznań, Wielka 7, den 25. Juni 1923

Beisetzung: Mittwoch nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes aus.

**Evang. Mädchenalumnat für evang. Mädchen in Teschen,**

die eine der in Teschen bestehenden Schulen (Volks-, Bürger-, Fortbildungsschule u. Realgymnasium) besuchen, spez. auch sich in der Musik, in Sprachen, in Handfertigkeiten der verschiedensten Art, in der Hauswirtschaft usw. ausbilden wollen. — Eigenes modernes Anstaltsgebäude, in schönster Lage inmitten von Garten, mit eigenem Garten und Spielplatz. Sorgfältige Pflege und Erziehung durch evangel. Schwestern und eine geprüfte Lehrerin. — Näheres im Prospekt. Anfragen und Aufnahmsgesuche an die Leiterin des Alumnates **Oberschwester Susanna Rot in Teschen, Freiheitsplatz.** [7774



**Westfalia-Separatoren** [7738

in neuester Ausführung stelle auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung aus.

Generalvertreter **G. Scherfke,** Posen.

**Obstplantagen Dom. Lubosin**

gegen Höchstgebot zu verpachten.

**Um Offerte für Scherengitter und Fensterladenbeschläge**

bittet **Dom. Lubosz,** pow. Międzychód.



# Neue Dampf-Pflüge

**hat preiswert abzugeben.** [718

Besichtigung zu jeder Zeit auf unserem Fabrikhofe.

**Centrala Pługów Parowych T. z o. p.**

**Maschinenfabrik,**

**Poznań W 3, ul. Piotra Wawrzyniaka 28/30.**

Telephon: 2121, 4152. Telegr.-Adr.: Centropług.

Empfehlenswerte

**Zeitschriften:**

**Die Woche,**
**Daheim,**
**Velhagen-Klasing's Monatshefte.**
**Westermann's Monatshefte,**
**Gartenlaube,**
**Für's Haus,**
**Bazar,**
**Elegante Mode,**
**Bobach's Frauen-Mode-Zeitung,**
**Europäische Modenzeitung (Herren-Journal).**

Bestellungen nehmen jederzeit entgegen:
**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.**
Zwierzyniecka 6.

Besserer Junggeselle, evgl., sucht die Bekanntschaft einer Dame im Alter von 25—30 Jahren, mit einer Landwirtschaft von 40—150 Morgen zwecks

**Einheiratung.**

Vermögen vorhanden. Ernstgemeinte Off. mit Bild, das zurückgesandt wird, u. **U. A. 7793** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.





**Paul Seler, Poznań,**
**ul. Przemysłowa 28 b.**
**Telephon 2480.**

Landwirtschaftl. Maschinen und Geräte.
Maschinen für Industrie und Gewerbe.

**Kamelhaar-Treibriemen** 7476]

**beste Qualität**
liefert in allen Längen und Breiten

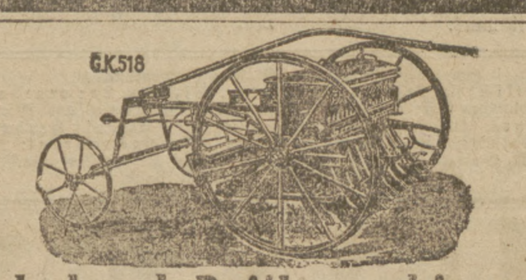
**Woldemar Günter,**
landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel,
**Fette und Oele.**

**Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.**

Gut erhaltene

**Schaukelbadewanne**

**zu kaufen gesucht.**
Off. unter **G. 7771** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.



**Schubrad-Drillmaschinen**

„Premier" mit Oberaussaat
in neuester Ausführung stelle auf der Landwirtschaftl. Ausstellung aus. [7739

**G. Scherfke, Maschinenfabrik, Posen W 6.**

Mit

**25000 Dollar**

**Auszahlung Berlin**

**suche**

# GUT

**für Bekannten.**

**Bedingung:**
**Schloß, Park, guter Boden.**

**Arndt,** [7796
Pomarzanki p. Jaroszewo,
powiat Wągrówiec.

**Landgrundstück,**
evtl. Ansiedlung, nur bester Boden, für ca. 100 Mill. sofort zu kaufen gesucht. Angebote an **Heise, Toruń, Plac Teatralny 32, I.**

**Heirat!** Reiche Ausländerinnen u. vermög. deutsche Damen wünschen glückl. Heirat. Herren, a. ohne Vermög., gibt kostenl. Ausk. **Stabrey, Berlin Postamt N 113.**

Gut erzogene

**Landwirtstochter,**
Anfang 20 er, musikalisch, wünscht die Bekanntschaft eines **passenden**

**Herrn.**

Bei Zuneigung **Heirat** nicht ausgeschlossen.

Zuschrift mit **Bild** unter „Lebensfreuden Nr. **7786**" an die Geschäftsst. d. Bl.

**Möbliertes Zimmer**

gesucht bei deutscher Familie unweit der Hebammenlehranstalt, ulica Polna. Preis gleichgültig. Off. u. **7797** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Sofort lieferbar:
**Spengler,**

**Untergang des Abendlandes**

**2 Bde., geb.**
**Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.**
Abt. **Versandbuchhandlg. Poznań,**
Zwierzyniecka 6.

**Gold**
**Brillanten**
**Silber**

**Gelegenheitskäufe. Verkauf und Ankauf.**

**Chwiłkowski,**
Poznań, św. Marcin 40.

**Leopold Goldenring**
**Weingrosshandlung**

Gegründet 1845
**Poznań, Stary Rynek 45**
**Breslau — Mád b. Tokaj**
empfiehlt ihr grosses Lager in:
**Ungar- u. Tokajerweinen,**
**Rhein-, Mosel-, Bordeaux-, Süd-Weinen,** sowie
**Cognac, Rum, Arrac**
und **ff. Likören.**




Hersteller: **Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl,**
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

# Aus Stadt und Land.

Posen, den 25. Juni.

## Eine neue gewaltige Steigerung des Papierpreises.

Ein Waggon Zeitungsdruckpapier, das bis zum 8. Juni 32 Mill. Mark kostete, kostet gegenwärtig 60 Millionen Mark; der Preis hat sich beinahe verdoppelt. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, welche gewaltige neue Belastung des Zeitungsgewerbes diese Preissteigerung darstellt, — eine Belastung, die die Verleger und die Verlagsgesellschaften nur tragen können, wenn wenigstens ein Teil der ungeheuren Mehrkosten durch die Abonnements- und Verkaufseinnahmen gedeckt wird. Eine neue Erhöhung der Bezugs- und Verkaufspreise wird sich nicht umgehen lassen. Bei der Festsetzung der neuen Preise soll mit der größten Mäßigung verfahren und das Interesse des Zeitungslesers in weitestgehender Weise berücksichtigt werden.

## Werdet Lehrer!

Das evangelische Lehrerseminar in Bromberg gibt bekannt, daß am 30. Juni der erste und am 31. August der zweite Termin zur Aufnahmeprüfung für die untere Klasse des Seminars stattfindet. Wir weisen die Eltern wieder darauf hin, daß der Lehrerberuf von außerordentlicher Bedeutung für den Bestand des deutschen Volkstums ist. Ferner darf nicht vergessen werden, daß der Beruf des Lehrers heutzutage ein gut bezahlter ist. Den deutschen jungen Leuten bietet er außerdem fast die einzige Möglichkeit, im Staatsdienste tätig zu sein. Darum ist es sehr empfehlenswert, daß viele jungen Leute sich dem Lehrerberuf widmen, und daß die Eltern, insbesondere auch die besser gestellten Kreise, ihre Kinder anhalten, den Lehrerberuf zu ergreifen. Es müßte für diese Familien geradezu Pflicht und Ehrensache sein, wenigstens einen ihrer Söhne Lehrer werden zu lassen.

## Didur in der Posener Oper.

Adam Didur, über dessen Posener Konzert vor kurzem hier berichtet wurde, sang an zwei Abenden im Großen Theater. Die starke Anziehungskraft seines Namens und seiner künstlerischen Persönlichkeit bewährte sich auch diesmal: an beiden Abenden gab es ein ausverkauftes Haus.

Der Kardinal Brogni in Halévys „Jüdin" (am Sonnabend) gab dem berühmten Gast hauptsächlich Gelegenheit, den eigentlichen Baßcharakter seines großen Organs zur Geltung zu bringen. Zugleich jedoch wirkte Didur als Sänger auch diesmal wieder durch seine Kunst der sinnvollen und beseelten Nachzeichnung einer melodischen Linie. Als Schauspieler beschränkte er sich in der „Jüdin" — durchaus dem Charakter dieser „Großen Oper" und dem Stil ihrer Musik entsprechend — auf die wirkungsvolle Pose und auf die große Geste; von der er meist einen geschmackvollen Gebrauch machte. An der Stelle freilich, wo der Schmerz des Vaters um die verloren geglaubte Tochter durchbricht und die Hoffnung auf ihre Wiedergewinnung erwacht, will mir die schlichtere, herbere Art unseres einheimischen Brogni (Tarnawski) künstlerisch berechtigter und ausdrucksvoller scheinen als die hier doch wohl zu große Beweglichkeit des Gastes.

Am Sonntag gab es Puccinis „Tosca". Und Didur war wieder (wie schon einmal im Herbst des vorigen Jahres) der Tyrann und Wüstling Scarpia. Gesanglich liegt ihm diese Partie nicht ganz so gut wie der Gounodsche Mephisto und Halévys Kardinal Brogni. Der Scarpia ist für einen Bariton geschrieben. Didur ist aber durchaus Baß. Daß er trotzdem auch in der Wiedergabe dieser Partie als ein hoch über dem Durchschnitt stehender Sänger wirkte, beweist die Größe seines gesanglichen Könnens und den Umfang seines Organs. Der Schwerpunkt seines Scarpia liegt aber im Schauspielerischen. Er gibt eine bis ins kleinste durchgearbeitete Charakterfigur und steigert die Wirkung des musikalisch so schönen und szenisch so widerwärtigen zweiten Aktes in Unheimliche, Dämonische. Auch hier freilich muß ich, wie seinem Brogni gegenüber, eine kleine Einschränkung machen. So bedeutend Didur als Scarpia ist, so verstimmend und ästhetisch verletzend wirkt es, daß er, statt sich ganz und gar in den Dienst der Gesamtwirkung zu stellen, ununterbrochen bemüht ist, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Sein übertriebenes und unnatürliches Mienenspiel während der großen der Tosca ist unbedingt zu verurteilen. Er lenkt die Aufmerksamkeit von der Hauptsache ab — das muß in diesem Augenblick eben die Tosca selbst und ihr Gesang sein —, ohne künstlerisch dafür etwas zu geben, denn die unermüdliche Arbeit seiner Gesichtsmuskeln an dieser Stelle ist nicht mehr Kunst sondern Verzerrung, Theater im schlimmen Sinne des Wortes. Das hätte ein so großer Künstler wirklich nicht nötig.

Neben Didur trat in der „Jüdin" ein zweiter Gast auf: Herr Stelmowski aus Warschau gab den Juden Eleasar. Sein schönes Material kam hier besser zur Geltung als am Abend vorher in der „Halka" (Jontek). Auch diesmal aber störte seine häufig sehr unruhige Tongebung. Schauspielerisch ließ dieser Eleasar noch manchen Wunsch offen.

Beide Gäste wurden durch starken Beifall ausgezeichnet. Didur wurde an beiden Abenden immer und immer wieder vor die Rampe gerufen.

th.

# Eisenbahnverkehr. Wie uns die Eisenbahndirektion mitzuteilen bittet, werden vom 1. Juli ab auf der Strecke Jarotschin—Lissa die Personenzüge Nr. 2347 und 2348 als ständig verkehrend eingelegt. Die erwähnten Züge waren im Fahrplan vom 1. Juni als zurzeit nicht verkehrende angegeben.

× **Eine Revision sämtlicher Eisenbahnreisenden** findet seit dem 20. bis 27. d. Mts. statt. Die Fahrgäste werden nach dem Wykaz durch Polizeibeamte befragt. Es ist daher dringend anzuraten, sich stets mit dem Wykaz zu versehen, da eine strenge Kontrolle über alle Personen ausgeübt wird. Der Grund für die Maßnahme ist nicht bekannt.

# **Militärrentenzahlung.** Laut Ministerialverfügung werden die Militärrenten rückwirkend vom 1. Mai d. Js. ab um 40 Prozent erhöht. Die Auszahlung der erhöhten Renten beginnt mit der Zahlung für Juli. Der Unterschiedsbetrag für Mai und Juni wird gegen Vorlegung einer besonderen Quittung gezahlt. Empfänger, die weniger als 1650 M. beziehen, erhalten die Rente bis zur Neuregelung unverändert weiter.

# **Die Stempelgebühren nicht vergessen!** Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns, darauf hinzuweisen, daß trotz der Verfügung des Finanzministeriums Eingaben betreffend die Herstellung von Fernsprechanschlüssen ohne Beifügung der vorgeschriebenen Stempelgebühr einlaufen. Die Direktion weist die Interessenten darauf hin, daß nur diejenigen Eingaben berücksichtigt werden, die mit den erforderlichen Stempelmarken versehen sind: auf der Eingabe 15 000, auf der Anlage 3000. Anträge über Anschlußverlegungen sind stempelsteuerfrei.

epv. **Der Vortragsabend,** veranstaltet am Freitag von dem Stadtverband der evangelischen Frauenhilfe und dem evangelischen Verband für die weibliche Jugend, brachte den Hörern, die in großer Zahl den Saal des Vereinshauses füllten, reiche Anregung. Von der tiefen Innerlichkeit Bachscher Musik wurden sie durch Mozart und Brahms hingelenkt auf die frohe Schönheit und ergreifende Vergänglichkeit des Irdischen, bis durch Schuberts Lieder „Du bist die Ruh'", und „An die Musik" die Stimmung emporgeführt wurde zu dem Blick in eine höhere Welt. Alt, Cello und Klavier wetteiferten unter Herrn Pfarrer Greulichs Leitung, den Schatz, der uns in den Schöpfungen unserer Meister geschenkt ist, zu heben. Eigene Gedankenwege des Einzelnen bei den Klängen — der Vortrag lenkte sie in freier Gedankenführung zusammen. Das Thema „Ein Lichtblick" setzt Dunkel ringsum voraus, aber die höhere Welt, die vorher in der Musik fühlbar wurde, trat jetzt in den Erzählungen von Herrn Pfarrer Lic. Schneider durch junge Menschen kraftvoll und frisch in die Gegenwart. „Der lebendige Gott wirkt in der Jugendbewegung und durch sie." Diese Erkenntnis führte zu dem hoffnungsfrohen und mit Wärme gesungenen Schlußverse.

× **Teuerungssteigerung und Angestelltengehälter.** Aus Angestelltenkreisen schreibt man uns: „Der Arbeitgeberverband hat für den Monat Juni den Angestellten eine 10prozentige Teuerungszulage zugesichert. Diese entspricht aber der mit Heftigkeit und Ausdauer emporschnellenden Teuerung, die teilweis das Hundertfache beträgt, keineswegs. Verschiedene Firmen haben daher eine freiwillige 50prozentige Zulage für das Juni-Gehalt bewilligt. Der Arbeitnehmerverband, bzw. dessen Statistisches Amt wird ebenfalls eine 50prozentige Gehaltserhöhung in Vorschlag bringen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Arbeitgeber sich durch die allgemeine Annahme dieses Vorschlags mit den wirklichen Teuerungsverhältnissen mehr in Einklang setzten, als es durch die beschlossenen 10 v. H. geschieht."

# **Sonnenwendfeier.** Am Sonnabend fanden am neuen Schützenhause hinter dem Schillingstor die diesjährigen „Wianki" statt. Sie erfreuten sich eines ungeheuren Zuspruchs und nahmen einen glänzenden Verlauf. Bis zum Einbruch der Dunkelheit unterhielten mehrere Flieger durch Fliegerkunststücke und einander ablösende Musikkapellen durch frische Weisen. Bald belebte sich die Wasserfläche durch Ruderboote. Schließlich erschienen auch „Wanda" und „Warta". Die richtige Wianki-Stimmung kam jedoch erst auf, als die Nacht in ihre Rechte trat. Raketen und Leuchtkugeln verschiedenster Art stiegen farbensprühend auf und durchsausten den Aether, bekannte Melodien erschollen, Turner traten auf, Tänze wurden veranstaltet, Johannisfeuer lohten gen Himmel, die Schlacht von Rocławice wurde markiert, Kanonenschüsse erdröhnten usw.

# **Miljonówka.** In der letzten Ziehung gewann das Los Nr. 0 282 613.

× **Großstadtleben.** In stark schwankendem Zustande strebte heut früh in der siebenten Stunde ein junges Pärchen, das offenbar die Nacht zum Tage gemacht und sich an allerlei berauschenden Getränken gütlich getan hatte, die Glogauer Straße entlang, während zahlreiche Personen, durch die Nachtruhe zur Arbeit gestärkt, ihren Arbeitsstätten zueilten. Das noch recht jugendliche Paar schien von der allgemeinen Not der Zeit noch keine rechte Vorstellung zu haben. Es scheint auch nicht daran gedacht zu haben, daß ein derart umnebelter Zustand nach dem Gesetz zur Bekämpfung des Alkohols unter Umständen eine Freifahrt in der „Grünen Minna" zum Polizeipräsidium mit darauffolgendem Strafmandat vermittelt. Gegenwärtig ist wieder eine Polizeikommission in Tätigkeit, nachts betrunkene Leute auf den Straßen aufzulesen. Eine derartige Razzia ergab in der Nacht zum Sonnabend die Sistierung von 44 Personen beiderlei Geschlechts.

# **Kinokunst.** Im Teatr Pałacowy wird auf allgemeinen Wunsch die zweite Serie des interessanten Films „Die Frau mit den Millionen" bis zum Mittwoch einschl. verlängert. Zugleich wird von heute, Montag, ab auch noch die erste Serie vorgeführt. Die Vorführungen beginnen um 4 und 7½ Uhr. Am Donnerstag beginnt die dritte und letzte Serie, die sich „Konstantinopel—Paris" betitelt.

× **Selbstmord.** Heute früh wurde unweit Luban auf der Eisenbahnstrecke Posen — Rawitsch die Leiche eines unbekannten

Mannes in Militäruniform gefunden, der vom Zuge überfahren, und dem der Kopf vom Rumpfe getrennt worden war. Es handelt sich offenbar um einen Soldaten, der Selbstmord verübt hat.

X **Noch immer nicht festgestellt** ist die Persönlichkeit der Männerleiche, die am Montag voriger Woche bei Obersitzko aus der Warthe gelandet wurde. Sie ist ungefähr 1,74 Meter groß, blond, ohne Schnurrbart, kräftig gebaut, war bekleidet mit rotgestreiftem Leinenhemd und einem Beinkleide aus grau-grünem Stoff.

X **Diebstähle.** Vom Boden des Hauses ul. Glogowska 52 (fr. Glogauerstr.) wurde Herrenwäsche im Werte von vier Millionen Mark, aus einer Erdgeschoßwohnung, in der ein Fenster offen stand, ein Kanarienvogel mit Bauer gestohlen.

* **Berent**, 23. Juni. Die Sägemühle des Herrn Gehrman in der Bahnhofstraße ist durch Kauf in den Besitz des Bankdirektors Winnicki übergegangen.

* **Dirschau**, 24. Juni. Beim diesjährigen Schützenfest war die Beteiligung am Schießen von Mitgliedern deutscher und polnischer Nationalität sehr rege. Als Schützenkönig ging Bäckermeister C. Hinz hervor. Ritter wurden Expedient Wichert und Bäckermeister Dietrich. Alle drei Würdenträger sind alteingesessene Bürger deutscher Nationalität.

* **Mogilno**, 24. Juni. Der „Kuj. Bote" berichtet: Ein bedeutender Einbruchsdiebstahl wurde vor einigen Tagen beim hiesigen Starosten, dem Grafen Dąbski, verübt. Den Einbrechern fielen silberne Bestecke und wertvolle Familienandenken in die Hände. Der Wert der gestohlenen Gegenstände beziffert sich auf rd. 250 Millionen Mark.

S. **Rogasen**, 23. Juni. Das Angebot an Ferkeln auf dem gestrigen Wochenmarkt war ausreichend. Bei etwas niedrigeren Preisen entwickelte sich ein flottes Geschäft, und es wurde das meiste verkauft. Das Paar Ferkel wurde schon mit 400 000 M. abgegeben, für beste Ware wurden 600 000 M. gefordert. Bei dem ungünstigen Wetter war der Gemüsemarkt schwach beschickt. Die Preise waren ungefähr: Das Bund Kohlrabi 1500—2000 M., Karotten dasselbe, 1 Pfd. Kirschen 2000 M., ebenso Stachelbeeren. An Gemüse- und Blumenpflanzen war nur noch wenig da. Für Butter wurden durchschnittlich 11 000 M., für Eier 7000—8000 M. gezahlt.

* **Thorn**, 24. Juni. Als Mystifikation stellte sich das am Dienstag umlaufende, auch von uns wiedergegebene Gerücht von dem Ertrinkungstod von zwanzig Menschen bei Gurske heraus. Die „Deutsche Rundsch." erfährt darüber noch folgendes: Auf dem hiesigen Wasserbauamt erschien ein Landmann und meldete unter Angabe von Einzelheiten, daß beim Übersetzen über die Weichsel ein Kahn mit zwanzig Insassen gesunken sei und daß alle Mann ertrunken wären. Da die Angaben glaubhaft erschienen, wurden sofort die Sanitätsmannschaften der Feuerwehr alarmiert, ferner Krankenwagen bestellt, Ärzte herangeholt und ein Dampfer flottgemacht. Dieser stellte an Ort und Stelle fest, daß es sich um eine Mystifikation handelte.

# Handel und Wirtschaft.

## Handel.

♂ **Zollfreiheit für Waren der Breslauer Messe.** Durch eine Bekanntmachung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung werden die Zollstellen ermächtigt, die Ein- und Wiederausfuhr von Waren, die zur Ausstellung auf der vom 2. bis 5. September 1923 in Breslau stattfindenden Messe bestimmt und als solche in den Begleitpapieren bezeichnet sind, unter der Bedingung ohne Ein- bzw. Ausfuhrbewilligung zuzulassen, daß sie unter Zollaufsicht auf ein Breslauer Zollamt abgefertigt werden, während ihres Verbleibens in Deutschland im Vormerkverfahren unter Zollaufsicht bleiben und binnen zwei Monaten nach Schluß der Messe wieder ausgeführt werden. Die Wiederausfuhr muß der betr. Zollstelle gegenüber sichergestellt werden.

**Gründung einer austro-polnischen Bank.** Die Wiener Unionbank gründet mit polnischen Interessenten die „Unionbank in Polen" mit 1 Milliarde polnischer Mark Aktienkapital, welche die bisherige Lemberger Filiale der Unionbank übernimmt und Filialen in Warschau, Krakau, Drohobycz und Kattowitz errichten wird.

**Erhöhung der polnischen Zollmultiplikatoren.** Wie aus verläßlicher Quelle mitgeteilt wird, hat das Ministerium für Handel und Industrie nun beschlossen, den Multiplikator für normale Zollsätze auf 15 000 und für ermäßigte Zusätze auf 12 250 zu erhöhen.

## Geldwesen.

☰ **Welche Valuten dürfen eingeführt werden?** In Polen dürfen mit Ausnahme des Sowjetgeldes und der im Kurs niedrigstehenden Valuten aus dem Osten sämtliche Valuten ohne Einschränkung eingeführt werden. Operationen mit früheren Zarenrubeln sind gleichfalls uneingeschränkt erlaubt. Sämtliche an den Delegierten des Finanzministeriums gerichteten Gesuche müssen mit 15 000 Mark Stempelgebühr, jeder Beiliegebogen mit 3000 Mk. Stempelgebühr freigemacht sein. Die vom Delegierten des Finanzministeriums erteilten Genehmigungen müssen gleichfalls mit Stempelmarken für 15 000 Mark versehen werden.

☰ **Der Delegierte des Finanzministeriums** empfängt täglich von 10 bis 12 Uhr mittags Przejazd 4, Front 1. Stock, Telephon-Nummer 40.

## Industrie

⊙ **Milliardenkredite der polnischen Regierung für die Industrie.** Zu dem neuen Sturz der polnischen Mark, der in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß die polnische Mark von der Kursentwicklung der Reichsmark abhängig bleibt, hat auch viel die Verschärfung der Krisis in der polnischen Industrie beigetragen. Diese Krisis ist auch durch gewaltige Regierungskredite für die polnische Industrie nicht beseitigt worden. Seit Anfang des Jahres 1923 wurden der Industrie Kredite in der Höhe von 1500 Milliarden erteilt, wovon auf die Polnische Landesdarlehnskasse 1119 Milliarden, auf die Postsparkasse 52 Milliarden und auf die halboffizielle Bank Krajowy 300 Milliarden entfallen. Außerdem haben Privatbanken bedeutende Beträge zur Diskontierung von industriellen Wechseln erhalten.

## Berliner Börse

vom 23. Juni.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Neuyork | 121 196—121 804 | Paris | 8506—8544 |
| London | 568 600—561 400 | Prag | 3840.50—3859.50 |
| Holland | 44 481—45 219 | Belgien | 6384—6416 |
| Schweiz | 21 745.50—21 864.50 | Italien | 5456—5484 |
| Wien | 170.12—171.68 | | |

## Warschauer Börse vom 22. Juni.

Devisen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Belgien | 5215 | Paris | 6200 |
| Berlin | 0.73 | Prag | 3010 |
| London | 461 750 | Wien | 1.42 |
| Neuyork | 100 000 | Italien | 4560 |

## Danziger Mittagskurse vom 25. Juni.

Die polnische Mark in Danzig ... 106—107

Der Dollar in Danzig ... 103 000

## Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 25. Juni 1923.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen | 280 000—320 000 | Roggenmehl 70% (inkl. Säcke) | 260 000—280 000 |
| Roggen | 165 000—175 000 | Hafer | 165 000—175 000 |
| Braugerste | 125 000—135 000 | Weizenkleie | 82 000 |
| Weizenmehl 65% (inkl. Säcke) | 460 000—480 000 | Roggenkleie | 82 000 |

Tendenz: fester.

## Warschauer Börse vom 23. Juni.

Devisen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Belgien | 5260, | Paris | 6205, |
| Danzig | 0,74, | Prag | 3000, |
| London | 461 700, | Schweiz | 17 950, |
| Neuyork | 100 000, | Holland | 39 200. |

## Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

| | 25. Juni | 22. Juni |
|---|---|---|
| **Bankaktien:** | | |
| Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em. | 9500 | 10 000 |
| Bank Przemysłowców I. Em. o. K. | 10 000—10 500 | 9500—9300 |
| Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em. | 22 000—23 000—22 500 | 20 000—21 000—20 500 |
| Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII. | 13 000—14 000 | 11 000 |
| Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. | 2900-3200-3000 | 2900 |
| Bank Młynarzy | 1900—2000 | 1900 |
| Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.) | 16 000—18 000 | —,— |
| **Industrieaktien:** | | |
| Arcona I.—IV. Em. | 10 000—9500 | 9000—9500 |
| R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr. | 4500—5000 | —.— |
| Browar Krotoszyński I.—IV. Em. | 53 000—55 000 | 51 000—45 000—46 000 |
| H. Cegielski I.—IX. | 7800-8200-7800 | 6800—7500 |
| Centrala Rolników I.—VI. Em. | 5000—4500 | 4300—4500 |
| Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.) | 10 000—11 000 | 9000—9500 |
| Goplana I.—II. Em. | 52 000—50 000 | 50 000—48 000 |
| C. Hartwig I.—V. Em. | 5000—5500 | 4400-4800-4600 |
| Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr. | 20 000 | 32 000—34 000 |
| Iskra | 20 000 | 19 000 |
| Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. | —,— | 270 000 |
| Dr. Roman May I.—IV. Em. | 100 000-110 000 | 83 000—95 000—85 000 |
| Młyn Ziemiański I. Em. | 15 000 | 15 000 |
| Pneumatik | 3500—3300 | 3000—3400 |
| S. Pendowski I. Em. | 7500 | 6500-7500-7000 |
| Płótno I.—II. Em. | 12 000—13 000 | 11 000—12 000 |
| Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em. | 10 000 | —,— |
| Patria I.—VIII. Em. | 9250—9500 | 10 000—8000—8500 |
| Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. | 48 000—50 000 | 40 000—42 000 |
| Spółka Stolarska I.—II. Em. | 32 000 | 30 000 |
| „Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em. | 41 000—40 000 | 35 000—37 000 |
| Waggon Ostrowo I.—IV. Em. | 17 500—16 000 | 15 500—15 000 |
| Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. | 41 000—45 000 | —,— |
| Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. | 7000-6500-6800 | 6000 |
| Wyroby Ceramiczne I. Em. | 35 000 | —,— |
| Żar I. u. II. Em. | —,— | 40 000 |
| Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em. | 21 000—21 500 | 20 500—20 000 |